

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP

NIHAT KARAGÖZ

22. Januar 2014

www.kas.de

www.kas.de/tuerkei

www.kas.de/tuerkei

Reaktionen in der türkischen Presse auf den Besuch von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan in Brüssel

Hintergrund und Vorberichterstattung

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan reiste am 20. Januar 2014 auf Einladung von Herman Van Rompuy, Präsident des Europäischen Rates, nach Brüssel. Bei dem ersten Besuch seit fünf Jahren führte Erdoğan am 21. Januar 2014 Gespräche mit Spitzenvertretern der Europäischen Union (EU). Er kam unter anderem mit dem EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy, dem EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz zusammen. Begleitet wurde Erdoğan unter anderem von seinen Stellvertretern Beşir Atalay und Emrullah İşler, Außenminister Ahmet Davutoğlu, Kulturminister Ömer Çelik, EU-Minister Mevlüt Çavuşoğlu sowie von Wirtschaftsminister Nihat Zeybekçi.

Im Kontext des EU-Beitrittsprozesses wurde unter anderem erwartet, dass bei den Gesprächen die besonders wichtigen Verhandlungskapitel 23 und 24 (Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung) zur Sprache kommen würden. Weite Kreise gingen davon aus, dass Erdoğan in Brüssel Offenheit fordern würde, diejenigen Hindernisse zu überwinden, die einer Fortführung der EU-Beitrittsgespräche immer noch im Wege stehen. Im Vorfeld des Besuchs und angesichts der Blockadehaltung der EU-Kommission wie auch einiger EU-

Mitgliedsländer hatte der neue türkische EU-Minister Çavuşoğlu verlautbart: „Wir sind bei den Beitrittsverhandlungen weder an dem Punkt, den wir verdient haben, noch an dem, den wir uns wünschen. In dieser Situation dauert alleine die Eröffnung der Kapitel mehr als zehn Jahre. Unsere europäischen Freunde müssen das verstehen. Das Einzige, was wir wollen, ist es, genauso behandelt zu werden wie die anderen Beitrittskandidaten auch.“

Der Besuch Erdoğan's in Brüssel erfolgte vor dem Hintergrund angespannter Beziehungen zwischen der EU und der Türkei. Das Land wird seit Mitte Dezember 2013 von einem Korruptionsskandal erschüttert, infolge dessen hunderte Polizisten und Staatsanwälte zwangsversetzt wurden, darunter hochrangige Beamte wie der Istanbuler Polizeipräsident. Aktuell strebt die türkische Regierung eine Justizreform an, durch die das Justizministerium mehr Macht bei der Ernennung von Richtern und Staatsanwälten erhalten würde. Bisher ist der Hohe Rat der Richter und Staatsanwälte (HSYK) - zuständig für die disziplinarrechtliche Kontrolle der Gerichte sowie für Personalfragen - nominell unabhängig. Durch die angestrebte Justizreform würde der HSYK stärker unter die Kontrolle der Regierung geraten und die türkische Justiz damit einen Teil ihrer Unabhän-

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP
NIHAT KARAGÖZ

22. Januar 2014

www.kas.de

www.kas.de/tuerkei

gigkeit einbüßen. Diesbezüglich war in der Türkei im Vorfeld der Gespräche zwischen Ministerpräsident Erdoğan und EU-Spitzenvertretern dezidierte Kritik aus Europa erwartet worden.

Vor diesem Hintergrund sagte EU-Minister Çavuşoğlu in einem Interview mit der Zeitung Milliyet, dass die Sorge der EU um die Reformierung und die Unabhängigkeit der Justiz in der Türkei unbegründet sei. Man habe der EU erklärt, dass die angestrebte Justizreform die Werte der EU in keiner Weise verletzt, so Çavuşoğlu. Des Weiteren hoffe, wünsche und glaube man, dass die Verfahren bezüglich des HSYK keine ernsthafte Krise in der EU auslösen werden.

Bei vielen türkischen politischen Kommentatoren hatte der kürzliche Austritt der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Ministerpräsident Erdoğan aus der Europäischen Volkspartei (EVP), der größten Fraktion im Europäischen Parlament, zusätzlich für Fragezeichen und Unverständnis gesorgt.

Die kritischen Stimmen aus Europa nahmen in der türkischen Vorberichtserstattung einen breiten Raum ein. „Auch das Europäische Parlament spricht von einer Regierungskrise“ betitelt beispielsweise die Tageszeitung Hürriyet einen ihrer Artikel vom 20. Januar 2014. In diesem heißt es, dass der Eingriff der türkischen Regierung in die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der Justiz zu einer tiefen Besorgnis in Europa führe. Unter dem Titel „Brüssel-Ratschläge für Erdoğan“ schreibt Selçuk Gültaşlı, Kolumnist der auflagenstärksten Zeitung Zaman, dass sich die Türkei seit Beginn der EU-Beitrittsgespräche immer weiter von ihrem Ziel weg bewege, nämlich dem Beitritt zur EU. Im Vorfeld der Gespräche in Brüssel erwarte man laut der liberalen Zeitung Taraf, dass Ministerpräsident Erdoğan kritische

Fragen zur geplanten Justizreform, dem aktuellen Korruptionsskandal und seiner Folgen sowie der Ereignisse um den Gezi-Park gestellt bekommen wird.

Außerdem waren von mehreren Kolumnisten Befürchtungen laut geworden, dass es in Brüssel möglicherweise zu einem Eklat kommen könnte. So befürchtete zum Beispiel Koray Çalışkan in der Hürriyet Daily News unter der Überschrift „Major strike might come in Brussels“, dass es zu einem solchen Szenario kommen könnte. Er rekurrierte dabei insbesondere auf die überaus EU-skeptischen und EU-kritischen Verlautbarungen des außenpolitischen Beraters Yiğit Bulut. Dieser hatte kürzlich in seiner Kolumne in der regierungsnahen Zeitung Sabah geschrieben, dass sich die Türkei letztendlich von der EU abkoppeln sollte. Laut Çalışkan sei klar, dass die AKP den EU-Verhandlungsprozess für ihre politischen Ziele nicht mehr benötige. Auch der bekannte Kommentator Semih Idiz schlägt in seiner Taraf-Kolumne in die gleiche Kerbe, wenn er unter der Überschrift „Wenn Erdoğan nicht nach Brüssel gehen würde, wäre dies segensreicher“ zusammenfassend schreibt es müsse befürchtet werden, dass Erdoğan in Brüssel Porzellan zerschlagen und damit die Beziehungen zur EU gefährden könnte.

Verlauf und Ergebnisse des Besuchs

Auf den meisten Titelseiten und Innenteilen der türkischen Zeitungen wird heute ausführlich über den Verlauf der Gespräche des Ministerpräsidenten in Brüssel berichtet und kommentiert.

Im Rahmen seines Besuchs in Brüssel fand sich Erdoğan unter anderem mit dem EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP
NIHAT KARAGÖZ

22. Januar 2014

www.kas.de
www.kas.de/tuerkei

zu Gesprächen zusammen. Ferner wurde in Brüssel auch das Rückführungs-Abkommen, verbunden mit Visa-Erleichterungen für türkische Staatsbürger unterzeichnet.

Die Gespräche betrafen in erster Linie die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei. EU-Kommissionspräsident Barroso hob hervor, dass die Türkei weiterhin einen wichtigen Partner für die EU darstelle und die EU ihre Beziehungen zur Türkei im Rahmen gemeinsamer Interessen weiter vertiefen wolle. Die Türkei sei zudem ein wichtiger Energie-Korridor. Es bestünde der Wille, bei den Beitrittsgesprächen mit der Türkei weitere Fortschritte zu machen. Die EU werde die Türkei bei ihren Reformen unterstützen, so Barroso und bezeichnete Erdoğan als „an honest friend and partner. I was quite happy during the discussion because Prime Minister Erdoğan, in a very frank and open manner, addressed all the issues and gave us reassurances.“

Die regierungsnahe Presse betont, wie Ministerpräsident Erdoğan seine Gesprächspartner van Rompuy, Barroso und Schulz erfolgreich über die wahren Hintergründe der Entwicklungen in Türkei aufklären und die Unterwanderung des Staats durch Parallelstrukturen überzeugend darstellen konnte. So teilte Erdoğan mit, dass das Treffen mit EU-Parlamentspräsident Schulz produktiv gewesen sei. An erster Stelle habe man sich über die EU-Türkei-Beziehungen unterhalten. Man habe versucht, die Desinformationen über die Türkei zu begründen, so Erdoğan. Schulz betonte, dass die Regulierung des HSYK ein sensibles Thema sei und die Rechtsstaatlichkeit bewahrt werden müsse. Erdoğan habe seinen Gesprächspartnern diesbezüglich versichert, die Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei zu wahren und betont, dass die HSYK-Reform im Rahmen geltender EU-Normen durchgeführt würden. Man werde

die Bedenken der EU auf jeden Fall berücksichtigen. Der Forderung des Parlamentspräsidenten nach einem Abzug der in Nordzypern stationierten türkischen Truppen hat Erdoğan unmissverständlich eine Abfuhr erteilt, auch wenn er eine gewisse Flexibilität in der Zypern-Frage in Aussicht stellte.

Nach Einzelgesprächen mit Rompuy und Barroso fand eine gemeinsame Pressekonferenz von Erdoğan statt. Hier sprachen Rompuy und Barroso von „Sorgen“, die sie Erdoğan vorgetragen hätten. Barroso zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass die Beziehungen zur Türkei auch in Zukunft weiter vertieft würden und dass Erdoğan sich „voll an die EU-Standards halten werde“. Rompuy hob die gemeinsamen Interessen hervor und bezeichnete die Türkei als einen außenpolitischen Schlüsselpartner für die EU. Ministerpräsident Erdoğan habe seine Analyse der Lage in der Türkei präsentiert, teilten Rompuy und Barroso zusammenfassend mit. „Welche Probleme auch immer bestehen, die Lösung dieser Probleme müsse die Prinzipien Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung respektieren“, fügte Barroso hinzu. Erdoğan habe hierfür Sicherheit vermittelt. Und die EU sei bereit, die türkische Regierung bei ihren Schritten in diese Richtung zu unterstützen.

Ministerpräsident Erdoğan kam in der Pressekonferenz ebenfalls auf die Gewaltenteilung zu sprechen. Er schien dabei allerdings nicht all zu weit von seiner bisherigen Position abweichen zu wollen. Die Gewaltenteilung in der bestehenden Form berge das Risiko in sich, die Demokratie dann zu untergraben, wenn die Justiz von der prinzipiellen Unparteilichkeit abweicht. In diesem Fall bedürfe es einer demokratischen Kontrolle der Justiz durch das demokratisch legitimierte Parlament, so Erdoğan. “If you try to use the judiciary’s independence by departing from the principle of neutrality,

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP
NIHAT KARAGÖZ

22. Januar 2014

www.kas.de

www.kas.de/tuerkei

this will cause problems. To overcome them, it is the duty of the legislative power to set the principles of both the independence and neutrality of the judiciary".

Barroso und van Rompuy lobten die Hilfsmaßnahmen der Türkei angesichts der humanitären Tragödie in Syrien. "I would like to reiterate our gratitude for Turkey's great efforts to host not only the refugees but also the European Union's crisis response personnel," so van Rompuy. Im Hinblick auf Genf II bekräftigte Erdoğan seine Erwartung, dass konkrete Entscheidungen getroffen werden müssten, um das Blutvergießen in Syrien zu stoppen. "Ich messe der zweiten Genf-Konferenz große Bedeutung bei. Ich möchte, dass die Menschheit in Bewegung kommt." In der Türkei fänden 700.000 Menschen aus Syrien Zuflucht. Außerdem habe die Türkei einen Aufwand von über zwei Milliarden Dollar betrieben. Daher erwartet man den Beginn entscheidender Schritte, so Erdoğan.

Die EU-Gesprächspartner betonten des Weiteren ihre Unterstützung für den laufenden kurdischen Verhandlungsprozess, den die türkische Regierung vor einem Jahr angestoßen hat. Dieser stelle die beste Chance für die Lösung des Konflikts zum ersten Mal seit Jahrzehnten dar, so Barroso. In dieser Hinsicht sei die Europäische Union bereit, in jeglicher Weise zu helfen.

Unter dem Strich schienen alle Seiten bemüht, trotz aller Schwierigkeiten positive Signale auszusenden. Letztendlich ist der Prozess der Beitrittsverhandlungen im Oktober letzten Jahres offiziell wieder angekurbelt worden. So wurde der Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan bei der EU in Brüssel von der türkischen Presse überwiegend als positiv wahrgenommen. Je nach politischer Ausrichtung wurden dabei verschiedene Schwerpunkte gesetzt. „Er-

doğan hat uns Sicherheit gegeben" titelte beispielsweise die liberale Taraf und bezog sich dabei auf die Worte von EU-Kommissionspräsident Barroso bezüglich der Sorge um die Gewaltenteilung in der Türkei. Ähnlich titelte die liberale Zeitung Radikal: „Mahnung von der Europäischen Union, Sicherheit vom Ministerpräsidenten". Die kemalistisch-republikanische Cumhuriyet spricht ebenfalls von einer Mahnung an Erdoğan bezüglich der Unabhängigkeit der Justiz und titelt „Die EU schaut genau hin". Die regierungsnah Sabah richtet ihre Aufmerksamkeit dagegen auf Erdoğan's Erklärung zu den Parallelstrukturen in der Türkei während seines Besuches in Brüssel. Laut Yeni Safak habe bei den Gesprächen in Brüssel eine "frühlingshafte Atmosphäre" vorgeherrschte. Tulu Gümüştekin von Sabah bewertet Erdoğan's Gespräche ähnlich positiv und erwartet weitere konstruktive Entwicklungen in den türkisch-europäischen Beziehungen. „Die EU hat gemahnt, Erdoğan hat Garantien gegeben" lautet eine Überschrift zur Gülen-Bewegung gehörenden Zeitung Zaman.

Der Besuch von Ministerpräsident Erdoğan in Brüssel ist entgegen weitverbreiteter Befürchtungen, es könnte zu einem Eklat kommen, positiv verlaufen. Dies spiegelte sich im Allgemeinen auch in der türkischen Presse wider. Allgemeiner Tenor ist, dass es Erdoğan unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen gelungen ist, die Lage zu entspannen und positive Akzente zu setzen. Die Befürchtungen im Vorfeld, dass es zu einer handfesten Krise mit der EU kommen würde, haben sich insgesamt nicht bewahrheitet.